

## „Keine Stimme für Fracking!“ **Gegen Gasbohren**

Arbeitskreis Fracking Braunschweiger Land, Herr Fritz, 38302 Wolfenbüttel  
BI Gegen Gas- und Probebohrungen am Niederrhein, Frau Basmer, 46459 Rees



per mail 18.05.2013 **OFFENER BRIEF**

an die Abgeordneten aller Parteien im Deutschen Bundestag, Berlin

Betreff: bevorstehender **fünfter** Versuch der Regierung, die Eilbeschluss-Sache zu Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und der Umweltverträglichkeitsprüfung des Berggesetzes (UVP-V Bergbau) im Bundeskabinett zu beschließen – nach einer weiteren Nachbesserung zur Berücksichtigung besonderer Interessen zum Schutz des Wassers im Bodenseeraum.

Sehr geehrte Abgeordnete,

die vorliegenden, am 16.05. erneut ergänzten Änderungsentwürfe zu den bestehenden gesetzlichen Regelungen sollen, nach den Ankündigungen des Umweltministers Altmaier, mit den eingefügten Ergänzungen den Schutz des Grundwassers und des Trinkwassers in unserem Land gewährleisten. Der neue Zusatz „Lex Bodensee“ zur Beschwichtigung örtlicher Gegner macht das ganze Vorhaben nicht besser. Auch eine eventuelle Ausdehnung des erweiterten Schutzes auf Talsperren und Seen, als Kuhhandel, um auch den Widerstand nordrhein-westfälischer Interessen zu überwinden, würde die Gefährdung nicht entscheidend mindern. Diese Vorschläge bieten keine ausreichende Sicherheit, weder für den Menschen noch für die Umwelt. **Wir brauchen sauberes Grundwasser und Trinkwasser zum Leben und eine intakte Natur.**

Inzwischen haben auch betroffene Wirtschaftsbereiche erkannt, welche Gefahren ihren Unternehmen drohen, wenn sie kein einwandfreies sauberes Wasser mehr aus ihren Brunnen pumpen können, das sie für ihre Produktionen benötigen. 95 % dieser Brunnen liegen in den Flächen, die zukünftig ungeschützt bleiben sollen, Flächen aus denen Wasser auf die Brunnen zufließt, auf denen Talsperren liegen, Bäche und Flüsse entspringen.

**Über 70 Mrd. EUR Jahresumsatz mit weit über 300.000 Beschäftigten** sind von den Folgen möglicher Grundwasserkontaminationen bedroht. Hinzu kommt noch die Agrarwirtschaft mit weiteren ca. 50 Mrd EUR Jahresumsatz und weiteren 400.000 Beschäftigten.

Die zur Aufschließung und Förderung erforderlichen hoch-riskanten unterschiedlichen „Fracturing“-Verfahren, in horizontal über mehrere Kilometer abgelenkten Bohrungen im Untergrund, aber auch bei Anwendungen in senkrechten Bohrungsabschnitten, bergen alle große Gefahren für unser Grundwasser und Trinkwasser und alle Nutzer, die daraus ihr Wasser beziehen. **Zudem muss der gesamte Prozess – bis hin zur Entsorgung der enormen Mengen hoch giftiger Abwässer - betrachtet werden**, die unabwendbar bei der Förderung auftreten.

**Hier wird mit einer völlig unnötigen Eile versucht, gegen das Votum der großen Mehrheit der Bevölkerung, einer Industriebranche Vorteile und Geschäftsmöglichkeiten einzuräumen, die überall in der Welt für die Verursachung größter Umweltschäden bekannt ist. Wie selbstverständlich verlangen diese Unternehmen, den hoch giftigen Abfall in unseren Untergrund pumpen zu dürfen „...weil es sich sonst nicht für sie lohnt....“**

Diese Branche arbeitet gezielt mit Propaganda, um die Bürger, besonders aber, um Sie, die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, über die tatsächlichen Risiken der Förderung „unkonventioneller Kohlenwasserstoffe“ hinweg zu täuschen und Ihnen die Zustimmung zu den Änderungsentwürfen zu entlocken. All die vermeintlichen Vorteile stimmen nur in zwei Punkten: die Gasindustrie würde profitieren und wir, die Bevölkerung, würden die Zeche bezahlen.

**Tatsächlich sind die Risiken aber nach wie vor unkalkulierbar und wir betroffenen Bürger werden nicht ausreichend vor den Folgen der geplanten Aktivitäten der Gasindustrie, und deren Folgen in Schutz genommen!!**

Man versucht, Sie unter Druck zu setzen, wegen hunderttausender Arbeitsplätze in „energie-Intensiven Betrieben“, die bedroht seien. Das ist eine glatte Falschbehauptung, denn wir würden ja weiterhin überwiegend importabhängig bleiben. Die erwarteten Fördermengen an Gas sind ja viel zu gering, um überhaupt einen nennenswerten Effekt auf Märkte und Preise zu erzielen.

**Deshalb fordern wir Sie, unsere Abgeordneten, auf: geben Sie keine Stimme für Fracking ab, nehmen Sie Ihre Verantwortung gegenüber den Bürgern in Ihrem Wahlkreis und gegenüber unserem (noch) schönen Deutschland wahr und stimmen Sie mit „Nein“, um Schaden abzuwenden!!!**

Mit freundlichen Grüßen